

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts- Blatt



Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff

rentamt zu Tharandt.

Postcheck-Konto: Leipzig Nr. 29614.

Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. Die Ausgabe bei Abonnementen des Druckers wöchentlich 20 Pf., monatlich 90 Pf., vierwöchentlich 2,10 Pf.; nach unsrer Ausgabe zweitwöchentlich 80 Pf., vierwöchentlich 2,40 Pf. ohne Aufstellungsgebühr. Bei den deutschen Poststellen zweitwöchentlich 2,40 Pf. ohne Aufstellungsgebühr. Die Poststellen, Postboten sowie untere Postagenten und Postbeamte nehmen überall Bezahlungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder Katastrophen bedrohter Städte oder der Zeitungen, die Lieferungen über die Zeitungsmitschriften — das der Besitzer keinen Auftrag auf Lieferung der Zeitung oder auf Abschaffung des Zeitungsbetriebs. Ferner bei der Lieferung in den obengenannten Fällen keine Abrechnung, soll die Zeitung verbleiben, in beschränktem Umfang oder nicht erneut. Einzelne Ausgabestelle der Nummer 10 Pf. / Ausgaben sind nicht persönlich zu überreichen, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsführer. Ausgaben zwischen Städten unberücksichtigt. Berliner Vertrag: Berlin 128, 48.

für die Amishauptmannschaft Meißen, für das Forst-
gerichtsgericht: Amt Wilsdruff Nr. 6. sowie für das Forst-

Untersteuersteuer: Pf. für die eingeholte Corpsschule oder deren Raum, Kellerei. Die Kosten: Pf. eins mit 5% Leistungszuschlag. Kellerei und kellerlicher Gang mit 50% Zuschlag. Bei Abschaffung und Leistungszuschlag entsprechender Nachschlag. Belastungen im amtlichen Teil einer von Besitzern bis 30 Pf. Zeichnung: 10 Pf. bis 100 Pf. / Abrechnung und Fälligkeitszeit 30 bis 30 Pf. Zeitungsannahme bis 17 Uhr vormittags. Zeitungsgebühr bis Nachmittag 6 Pf. In der Postausgabe: 20 Pf. / Für das Gründchen der Ausgaben an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gebühr geziert. / Größe Postwertzeichen 25 Pf. Abrechnung ohne Reken. / Die Abrechnung und Abrechnung haben nur bei Bezahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit. längeres Zeit, geschaffliche Auslieferung, gewinnlose Anprüche verfällt. Abrechnung beläuft die Verrechnung des Berufs-Schiffspfands. Seinen nicht schon früher ausdrücklich oder schriftlich als Erfüllung der Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Abrechnung, falls nicht der Empfänger innerh. 8 Tagen von Abrechnungszeit an Widerspruch erhält.

Nr. 27.

Sonntag den 2. Februar 1919.

78. Jahrg.

Der amtliche Teil befindet sich in der Beilage.

Regierungstruppen nach Bremen.

Was heißt Sozialismus?

II. Eine Erwiderung.

Nochmals ist vor kurzem ein Unabhängiger Sozialist hier über die obige Frage geküsst. Nun aber, wenn dieser eine Gegenpartei geben will, geben wir heute einem seiner Gegner — dem sozialökonomischen Hauptmitarbeiter eines führenden konservativen Blattes — das Wort.

Will man die Frage was Sozialismus sei, erörtern, so heißt es zunächst die Grenzen abstecken. Dem Leiter wirtbelt es förmlich im Stoff von Sozialismus, Sozialisierung, Kommunismus, Verstaatlichung und Vergesellschaftung, alles Worte, für die ihm die Begriffe fehlen. Es ist nur zu sehr gering, alles in einem Kopf zu werken. Tatsächlich aber besteht ein nicht unbedeutender Unterschied in den Forderungen und wie die Gruppenbildung in der früher einheitlichen Sozialdemokratie zeigt, ist man sich in ihren Reihen durchaus nicht einig über das Ziel. Da das politische Moment hier aber nach Möglichkeit ausgeschaltet werden soll — es hat auch für diese Betrachtungen nicht den geringsten Wert — so erübrigst es sich, die Unterschiede in den Bestrebungen der einzelnen Gruppen zu kennzeichnen, was auch schwer wäre, weil sie bisher niemals klar hervorgehoben sind. Nur soviel muß aber bewiesen werden, daß die Mehrheitssozialisten, die gegenwärtig die politische Macht in Händen haben, wegen ihrer mehrfach klar zum Ausdruck gebrachten Ansicht, daß für die große "Vergesellschaftung" unsere Zeit noch nicht reif ist, das Missfallen der Gruppen erregt haben, die sofortige Sozialisierung verlangen. Auf die Frage, was er unter "Sozialisierung" verstehe, hat ein führender Sozialdemokrat jüngst eine Darstellung gegeben. Wenn nun von einem Gegner darauf geantwortet wird, so entsteht hierbei die oben gekennzeichnete Schwierigkeit, weshalb es durchaus erwünscht erscheint, daß der Sozialdemokrat einmal seine Grenzen absteckt. Vor allem muß klar zum Ausdruck gebracht werden, ob die Verstaatlichung oder die Vergesellschaftung von ihm gemeint wird. Sozialismus haben wir bereits in Hülle und Fülle getrieben durch Arbeiterschutze und soziale Versicherung. Der bekannte sozialdemokratische Führer Eduard Bernstein ist aber der Ansicht, daß in diesem Sozialismus, der weiter ausgebaut werden soll, hundertmal mehr Rüben für die Arbeiterschaft steht als in übertriebener Verstaatlichung, gleichzeitig denn Vergesellschaftung. Dieser Ansicht pflichte ich durchaus bei. Gegen diesen Sozialismus, der auf politischer Weise oder im wirtschaftlichen Kampfe zu erreichen ist, läßt sich vom kapitalistischen Standpunkt nur so viel einwenden, daß er nicht weitergehen darf, als es der Wettbewerb — im Innern und gegen das Ausland — zuläßt. Mit diesem Sozialismus hat die Forderung nach Vergesellschaftung aber nichts zu tun und ob er bei einer Verstaatlichung besondere Förderung erhält, hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung, dem Fleiß der Produktion und der Ausnutzung aller technischen Fortschritte ab.

Nach dieser Voraussetzung nun zu dem begrenzten Thema der

Sozialisierung,

die, wie der Sozialdemokrat sagt, für ihn Vergesellschaftung bedeutet und wodurch alle Produktionsmittel, d. h. jene Einrichtungen, Eigenschaften und Kapitäle, denen der Mensch zur Arbeit, zur Güter- und Warenerzeugung bedarf, vergesellschaftet werden sollen. Die Betriebe sollen von Gemeinden, Provinzen oder Staaten übernommen werden. Gemach, so steht die erste Frage: Verstaatlichung oder Vergesellschaftung? Damit, daß die Übergabe der Betriebe in das Eigentum der jeweilig dort beschäftigten Arbeiter von dem Sozialdemokraten abgelehnt wird, läuft diese Vergesellschaftung doch auf eine Verstaatlichung oder Kommunalisierung der Betriebe hinaus. Was der Staat zu betreiben hat, ist ein Staatsbetrieb. Er soll ja auch den Ausgleich zwischen den Besitzigen der in den einzelnen Betrieben Tätigen vornehmen. Ein Staatsbetrieb wird aber immer nur auf kapitalistischer Grundlage betrieben werden.

Mit dieser Verstaatlichung einzelner Betriebe wird man auch einverstanden sein können, ob aber der Arbeiter, der dann doch nicht immer den gesamten Ertrag aus seinem Betriebe erhält, sondern einen manchmal vielleicht erheblichen Teil an den "Ritter Staat" abgeben muß zwischen den anderen Arbeitern, in deren Betrieben man gleichermaßen wirtschaftet, das mag der Beantwortung des Sozialdemokraten überlassen bleiben. Einen gerechten Ausgleich zu schaffen, wird schwer halten. Gleichzeitig wird die Schwierigkeit in der Bewertung der Arbeit der besonders Befähigten sehr groß sein und bald zu schwereren Verhältnissen in der Gesellschaft führen als heute. Ebenso wie heute die Begabten, die eine weit angesehener Stellung und eine bessere Lebensweise führen können, dem

Reich ausgesetzt sind, ebenso werden sie es auch künftig sein. Nun aber, wenn diese Begabten ihre höheren Einkommen, die sie doch erhalten sollen, nicht voll verbrechen, dann müßten sie doch einen Überfluss haben und damit zur Kapitalanammlung verführt werden. Für das Kapital kommt aber nur der Staat als Aufbewahrer in Frage, da eine andere Verwaltung in einem vergesellschafteten Staat unmöglich wäre.

Damit sind wir wieder zum Kapital gekommen, ohne daß es eben nicht gehen wird, wenn der Staat nicht in eine schwierige Lage geraten will, die er allenfalls vermeiden kann durch Abwicklung des Geldes, aber auch die Anweisungen auf die Bezüge von Waren (Lebensmittel, Kleidung), überlassen einer Wohnung, Belieben von Vergnügungsstätten, werden immer wieder zu Tauschobjekten werden müssen, nur daß dann der ganze wirtschaftliche Verkehr auf das bedenklichste erschwert werden würde.

Einen ganz gewöhnlichen Abstrich macht der Sozialdemokrat, der die Sozialisierung geschildert hat, aber bin- statisch der Glückseligkeit und Satisfaktion. Das ist aber das wesentlichste, daß bisher immer behauptet wurde, der Sozialismus (wovon man nach den Ausführungen die "Sozialisierung" versteht muss) werde die Menschen zur glücklichsten machen. (Der sozialdemokratische Minister Haenisch hat es noch jüngst in einer Versammlung ausgeprochen.) In welcher Weise das möglich gemacht werden soll, wenn es nicht an Räumen und Güterlückeleien natürlich um die beste Butterküppel — feiter wird, das ist eben das große sozialistische Geheim.

Der Sozialismus, worunter hier — immer wieder sei es betont — die Sozialisierung verstanden sein will, gleicht dem verschleierten Bild von Saïs. Noch niemand hat diesen Schleier gelüftet. Einen Versuch dazu hat August Bebel in seinem Buch "Die Frau und der Sozialismus" gemacht. Es sieht sich, wenn man von dem vielen Tabachenmaterial, das er über die Mängel unseres heutigen Wirtschaftslebens zusammengetragen hat, abzieht, wie ein Roman aus Lautend und eine Nacht. Er schildert das Schlaraffenleben in einem sozialistischen Staatswesen, was vor der nächsten Wiederkunft nicht standhalten würde, wenn man von ihm hört, daß in diesem Staatswesen die größte Rolle die — Statistik spielen wird.

Auch Bebel hat nicht den Versuch gemacht, einmal den Organismus, um wichtigen zu sprechen, den Geschäftsgang, wie sich der "Betrieb" gestaltet, darzustellen. Es würde sich dann wohl anzeigen, daß das heutige kriegswirtschaftliche Kartens- und Bezugsschein-System unbedingt die Grundlage bilden muß. Es wäre jedenfalls von der Wichtigkeit, über die praktische Seite der Sozialisierung etwas zu vernehmen. Von der "freien Theorie" haben wir nun genug erfahren. Dass wir nach dem Kriegswirtschaftselend nur unbefriedigt mit beiden Füßen in einen sozialistischen Staat springen sollen, wird man dem deutschen Volke in seiner Gesamtheit nicht gut zumuten können.

O. F.

Biegen oder brechen!

Noske über die Expedition nach Bremen.

Berlin, 31. Januar.

Zu der von Noske verfügten Entsendung von Truppen erklärt dieser, daß diese Expedition dringend nötig geworden sei, weil von Bremen aus sofort die ersten Schiffe auslaufen sollen, um Lebensmittel für Deutschland zu holen. Bei der absoluten Unsicherheit der Verhältnisse in Bremen sei das Auslaufen aber erträglich in Frage gestellt. Um das zu sichern, sagt Noske weiter, sind Truppen von erheblicher Kampfkraft nach Bremen in Bewegung gesetzt worden. Das geschieht selbstverständlich nicht aus reiner Neigung, in die innerpolitischen Kämpfe mit Baffgewalt einzugreifen. Fügt sich die Minderheit, die jetzt in Bremen wider alles Recht sich in dem Besitz der Macht zu halten sucht, so wird die Aktion in Ruhe vorstatten geben. Von den Regierungstruppen, die in Bremen eingeschritten, wird gewiß kein Schuß abgegeben werden, wenn nicht von den Bremer Spartakisten oder Unabhängigen auch gefeuert wird. Dafür steht schon die Tatjache Bürgschaft, daß auch die Bremer Aktion unter meinem Oberbefehl von statten geht. Nur für den Fall, daß die Minderheit, die in Bremen ihr Regiment aufrechtzuhalten sucht, gewaltsamen Widerstand leistet, wird durchgegriffen werden, dann aber auch mit rücksichtsloser Entschlossenheit.

Der Vormarsch der Truppen.

Nach allen bis jetzt vorliegenden Nachrichten scheinen sich die Verhältnisse in Bremen beträchtlich anzuheben. Insgesamt hat die Reichsregierung zwei kriegsstarke Infanterie-Brigaden mit zahlreicher Artillerie, Maschinengewehren und Minenwerfern von Verden aus in Bewegung gesetzt.

Bremen.

Bremen, 31. Jan. Die Situation in Bremen sieht auf des Meisters Schneide und es ist im Augenblick noch gar nicht zu übersehen, wie sich die Verhältnisse in den nächsten Stunden entwickeln werden. Nach dem Bekanntwerden der Nachricht vom Vormarsch der Regierungstruppen erfolgte die Besetzung der gesamten Arbeiterschaft. Alle Kraftwagen wurden requirierte und brachten Maschinen, Gewehre nach den Vorstädten, die von Arbeiterruppen besetzt wurden. Auch die Straßenbahn wurde für derartige Transporte herangezogen.

Um 1/2 Uhr nachts sind vier Mitglieder des Bremer Rates der Volksbeauftragten in Verden eingetroffen und errichten den Divisionsstab des Korps Gerstenberg um Einstellung des Bormarsches bis zur Erledigung der Verhandlungen in Berlin. Der Divisionsstab bestand auf sofortiger Entwaffnung der Arbeiter und erklärte, daß er in keine Verschleppung in die er Angelegenheit einwilligen könne. Von Seiten der Volksbeauftragten wurde ihm erwidert, daß die Maßnahmen nicht durchführbar seien. Daraufhin wurden die Verhandlungen als ergebnislos abgebrochen. Bis zur Stunde hat es den Anschein, als ob die Bremer Arbeiter es bis zum Auftreten werden kommen lassen.

Polnische Justiz!

Freilichtung von Morden.

Posen, 31. Januar.

Die polnischen Soldaten, die den Rittergutsbesitzer Haga nebst sechs Leibensgenossen ermordeten, wurden vom polnischen Kriegsgericht freigesprochen.

Hinter haben die Polen neuerdings sieben hervorragende Persönlichkeiten als Geiseln festgelegt. Bürgermeister Kunzer, Stadtverordneter Płoczek, Dr. Kantorowicz, der Präsident der Anstaltungscommission Gańce, Mittelschullehrer Rodwieski, Dr. W. Gutmann und Lieutenant Matrini. Die Verbüßung wird als Vergeltungsmäßregel gegen die Festnahme des als Haupt der polnischen Agitation in Oberschlesien bekannten Justizrats Szapla in Beuthen bezeichnet. Mit derselben Begründung hatte man schon die Festnahme des Landeshauptmanns v. Herting in Posen vorgenommen.

Gedungene russische Mörder.

Wie die Bolschewisten arbeiten.

Berlin, 31. Januar.

Wie der Vorwärts zu berichten weiß, soll zwischen Spartakisten Berlins und Russlands nach polizeilichen Mittelungen auf verschiedenen Strecken ein reger Verkehr stattfinden. Es ist durch einwandfreie Beobauung festgestellt worden, daß aus Kowno im Auftrage russischer Bolschewisten drei Männer unterwegs sind, um Telegraphenämtern in Oberschlesien bekannte Justizrats Szapla in Beuthen bezeichnet. Mit derselben Begründung hatte man schon die Festnahme des Landeshauptmanns v. Herting in Posen vorgenommen.

Die Verwendung der Offiziere.

Ausbildung mit allem Nachdruck.

Der Kriegsminister Reinhard und Unterstaatssekretär Göhr besetzen sich in einem Erfolg mit der Weiterverwendung der Offiziere. Besondere Umstände, so heißt es darin, legen an zahlreichen Stellen des Heeres die Tätigkeit der Offizierelahm.

Diese Verhältnisse bergen schwere Gefahren. Die Seiten sind viel zu ernst, um lange Untätigkeit zu erlauben. Daher haben sämtliche am 7. Februar 1919 nicht zum Dienst bei ihren Dienststellen anwesenden Offiziere und Unteroffiziere ihrer Dienststelle oder wenn sie nach Auflösung ihrer Kriegsdienststelle ihre neue Dienststelle noch nicht kennen, ihren früheren Friedens-Generalkommando-Wohnort und gegebenenfalls Urlaubsdauer zu melden. Diese Dienststellen turzen den Urlaub nach den Erfordernissen des Dienstes ab oder bestätigen ihn, bis 20. Februar 1919 seine Bestätigung erhalten hat, schlägt zu seiner jetzigen Dienststelle zurück.

Jeder dienstfreie Offizier hat seine Kriegserfahrung in einem gründlichen Bericht niedergelegen und diesen dem Generalstab des Feldheeres einzutragen. Die Generalkommandos haben sich mit allen Mitteln überzeugt, den Bestand an Offizieren ihrer Formationen und Truppen

zu verschaffen, Auszüleiche im eigenen Vereine vorzunehmen und entbehrliche Offiziere dem Kriegsministerium (Generalamt) für den Dienst anzutreten. Die bei ihren Dienststellen anwesenden Offiziere sind mit den Unteroffizieren und zugehörigen Mannschaften zu einem Verbunde zusammenzufassen, in dem die weitere Ausbildung mit allem Nachdruck zu betreiben ist. Hierdurch wird es möglich sein, für die später einzustellenden Wehrpflichtigen ein geeignetes Lehrjahr zu schaffen. Ganz besonderer Wert ist auf Kenntnis der Lebens- und Arbeitsbedingungen des Mannschaftsdienstes zu legen. Reden der Weiterbildung des Offiziers und Unteroffiziers im militärischen Dienst ist auch die Ausbildung der Kapitulanten in ausgedientlichen Fächern als Vorbereitung auf ihren späteren Civilberuf zu fördern.

Die Opfer der Blockade.

Vom Massensterben in Deutschland.

Nach einem Beschluss der Blockadekommission der Alliierten wird die Blockade der Mittelmächte in ihrem vollen Druck aufrechterhalten, abgesehen von den Lebensmittelvereinbarungen des Obersten Rates, der nach eigenem Gutachten die Verbesserung Europas vornimmt.

Gegenüber diesem Beschluss sind die Ausführungen des Geheimen Medizinalrats Professor Dr. Rubner über die Opfer der englischen Hungerblockade bemerkenswert. Professor Rubner führt aus, daß Deutschland, abgesehen von einer Influenza-Epidemie, von Seuchen während des Krieges nicht zu leiden hatte. Dagegen sind uns schwere Gefahren aus der Blockade erwachsen, die England von vornherein als ein Mittel ins Auge gefaßt hatte, Mann, Weib und Kind hinter der Front durch Halbdungernotdur zu vernichten. Der Herbst 1916 bedeutet den allgemeinen Rückgang der städtischen Ernährung. Die Kosten wurde einförmig, eisweiß- und fettarm, schwer verdaulich. Anfangs nehmen seit dem Frühjahr 1917 die Gesundheitsgefahren einen ganz ungeheuren Umfang an. Im allgemeinen kann man sagen, daß bei Millionen Menschen der Körper durch die ungünstige Kost so hinfällig wurde, daß alle möglichen Krankheiten, die sonst in Genesung ausgingen, zum Tode führten. In runden Summen sind 800 000 Menschen, Männer, Frauen und Kinder der Blockade zum Opfer gefallen und es ist nur erstaunlich, daß weite Volkskreise das Massensterben nicht empfinden. Die Opfer der Blockade sind also so groß wie die an der Front gewesen.

Dazu kommt noch, daß die Geburtenzahl erstaunlich abgenommen hat. Unsere Bevölkerungsäste hat durch die Verluste des Feldheeres und durch die Opfer der Blockade empfindlich Einbuße erlitten, durch den Kindermangel aber werden wir in späteren Jahren einen zunehmenden Arbeitermangel haben. Was das bedeutet wird klar bei dem Verlust, Arbeitskraft in Geldeswert umzurechnen. Heute darf angenommen werden, daß die Blockade uns mit Ausnahme der wirtschaftlichen Schäden an Menschenzahl und Arbeitskraft etwa 50 Milliarden kostet. Der Wiederaufbau der verlorenen oder mangelsenden Menschenkraft wird eine lange Zeit im Anspruch nehmen...

Unsere Feinde aber wollen nichts wissen von der Wiederherstellung einer Blockade, deren verderbendbringende Wirkung auch ihnen wohl bekannt ist.

Der Reichskohlenkommissar über die Lage.

Bei den andauernden Beratungen der Regierung legte Reichskommissar Geh.rat Stuks vor dem Volksbeauftragten Ebert die verzweifelte Lage dar und unterbreitete Vorschläge, die auf Erhöhung der schätzlichen Kohlenförderung zielen. Ebert summte dem Vernehmen nach den Ansichten und Vorschlägen des Geh.rats Stuks vollständig zu. Mit dem preußischen Minister für öffentliche Arbeiten verhandelte der Reichskohlenkommissar wegen Bereitstellung einer größeren Zahl von Wagen und von neuen Lokomotiven, die unbedingt erforderlich seien, damit aus dem Ruhrgebiet täglich drei Kohlenzüge mehr abgeladen werden können. Es ist ungemein bedeutsam, daß wegen langer und schwieriger neuer Lokomotiven eine Katastrophe eingetauen droht. Der Minister hat eingewilligt, diese neuen Lokomotiven zu stellen.

Der Reichskohlenkommissar erklärte ferner in einem Gespräch mit dem Vertreter eines Berliner Blattes, daß die gegenwärtige Kohlenförderung im Ruhrgebiet zwischen 8000 und 10000 Tonnen gegen 34 000 im Frieden und 24 000 während des Krieges beträgt. Angefordert wurden zum Abtransport Montag z. B. 2100 Wagen, gefüllt wurden nur 1000 — die anderen 1100 fehlten. Im Januar 1918 verfügte das Ruhrgebiet über eine Kohlenreserve von 3 Millionen Tonnen, gegenwärtig ist überhaupt keine Reserve vorhanden. In Oberösterreich beträgt die tägliche Förderung 2000 Waggons gegen 14 000 im Frieden und 11 000 im Kriege. Auch da ist die Waggonbereitstellung nicht hinreichend, die Reisen sind sehr gering. Die Eisenbahnen verfügen durchweg nur über Kohlen für wenige Tage, ebenso die Elektrizitätswerke. Im ganzen Reich: eine Reihe von Überlandzentralen steht schon still. Die Gasanstalten sind nicht besser daran, viele Städte sind teilweise ohne Gas. Berlin kann noch etwa 10 Tage aushalten. Von einer Auflösung der Einschränkungen für die Verbraucher von Gas und Elektrizität kann, wie der Reichskohlenkommissar erklärt, in absehbarer Zeit nicht die Rede sein. Allerdings sind auch Versicherungen vorläufig noch nicht in Aussicht genommen. Die Industrie einzuordnen oder gar labanzulegen, dazu liegt keine Notwendigkeit noch nicht vor. Die Maßnahme ist von der Kohlenstelle Groß-Berlin für den Fall, daß es zum allerdringlichsten kommen sollte. Vorgeschlagen worden war aber noch nicht Vegenstand ernsthafter Erwägungen. Bei einer doch notwendigen Stilllegung können zur großen Fabrikationsfirmen und dergleichen in Betracht. Es hängt alles von den Maßnahmen ab, die die Regierung in den aller nächsten Tagen treffen wird, um der drohenden Gefahr entgegenzuwirken.

Nah und Fern.

O Ein bekannter Städtebauer gestorben. Prof. Lohse, einer der verdienstvollsten Städtebauer Deutschlands, ist in Köln im Alter von 58 Jahren gestorben. Die deutsche Baukunst verlieren in ihm eines ihrer führenden Mitglieder. Lohse hat sich nicht nur durch eine Reihe von vorbildlichen Siedlungen und Städteerweiterungen, besonders in Westdeutschland, einen Namen gemacht, sondern war auch in den letzten Jahren durch die musterhafte Veranschaltung und Leitung der Deutschen Werkbundausstellung und durch seine baukünstlerischen Arbeiten in Belgien während der Zeit der Besetzung hervorgetreten. Er war einer der ersten deutschen Baukünstler, die auf einen Bürgermeisterposten berufen wurden.

O Selbstmord des Generaldirektors Ballin. In Wiener Blättern werden Mitteilungen veröffentlicht, nach denen der in den Anfangsstagen der Revolution gehörige Generaldirektor der Papag, Albert Ballin, nicht, wie es hier einem Schlaganfall erlegen ist, sondern seinem Leben selbst ein Ziel gesetzt hat. Danach erschienen nach dem erfolglosen Ausbruch der Revolution in Hamburg am 8. November in dem Direktionsgebäude der Papag Beauftragte des NSR und richteten an Direktor Ballin die

Forderung, sofort sein Büro zu verlassen. Er bat, ihm zur Ordnung seiner Papiere etwas Zeit zu lassen. Aber es wurde ihm verweigert, noch irgendein Papier zu bearbeiten, und ihm bedeutet, daß er binnen fünf Minuten das Büro zu räumen habe. In dieser kurzen Frist nahm Ballin Gift. Er wurde in das nächste Krankenhaus gebracht, aber er verschwand dort, trotzdem sofort Gegenmaßnahmen angeordnet wurden.

O Flugpost Weimar-Berlin. Wegen der Überlastung des dräblichen Verkehrs Weimar-Berlin, besonders durch den Pressedienst in den Tagen der Nationalversammlung, ist in interessierten Kreisen der Gedanke erwogen worden, für die Dauer der Tagung in Weimar eine Flugpost Weimar-Berlin einzurichten.

München. Die Königin von Bayern, jetzt auf Schloß Wildenwarth am Chiemsee, liegt im Sterben.

Wenn sie doch streiften!

Man meint, es könnte schon genügen,
Doch ist von Befahrung keine Spur.
Berlin liegt in den letzten Tagen,
Bei höchster Siebtermutter.
Um Himmels Willen die Herrn Doktoren
Und sagen weiter: Wie man sieht,
Ist die Patientin glatt verloren.
Wenn nicht ein Wunder bald geschieht,
Sehr einfach liegt die ganze Sache.
Das weiß selbst der, der nicht studiert:
Streifzieher heißt die Diagnose,
Und unter Kranken delirant.
Heut reden irr die Eisenbahner,
Und morgen mittag kann's schon sein,
Das unter Herrn Secretan
In einen Ausstand treten ein.
Bald feiern Müll, bald Villenschützer,
Bald gibt's kein Bäcker, bald kein was,
Bald wird der Bierbauch selbst zum Bäcker
Und streift, weil ihm zu klein die Wäsche.
Steht trüb man auf und liest die Zeitung,
fragt man sofort: Wo streift man denn?
Streift man mal nicht, liegt's an der Zeitung,
Die ihrer Herde schlecht betreut.
Kur eine Menschenklaue gibt es,
Die noch zum Streilen sich nicht regt.
Man läßt es gern, man liebt, man zieht es,
Doch sie bleibt fest und unentwegt.
Sie spricht: Wenn eure Nas auch rumwirkt sich,
Uns können ihr nicht, wir halten dich,
Wie brauchen unter acht Mark künftig,
Wir Arbeitslosen streiken nicht!

M. R.

Letzte Drahsberichte

des "Wilsdruffer Tageblattes".

Einberufung eines allgemeinen Kongresses der A.- und S.-Räte Deutschlands.

Berlin, 1. Febr. (tu.) Die Volksversammlung der A.- und S.-Räte Groß-Berlins sowie der kommunalen A.- und S.-Räte der Groß-Berliner Gemeinden beschloß gestern abend mit 492 gegen 362 Stimmen, den Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik aufzurufen, so schnell wie möglich einen allgemeinen Kongress der A.- und S.-Räte Deutschlands einzuberufen. Von zuständiger Seite wird hierzu erklärt, daß es zweckmäßig sei, ob der Zentralrat dem zufälligen Ergebnis einer örtlichen Berliner Versammlung Folge leisten wird.

Rosa Luxemburg lebt!

Berlin, 1. Febr. (tu.) Die kürzlich an dieser Stelle ausgesprochene Vermutung, daß die Leiche Rosa Luxemburgs nicht, wie in der Presse behauptet wurde, in den Kanal geworfen, sondern daß Rosa Luxemburg von ihren Hängern lebend getötet worden ist, dürfte sich in kurzester Zeit als richtig bestätigen. Daran, daß Rosa Luxemburg lebt, ist heutigen Tages nicht mehr zu zweifeln. Ihr Aufenthaltsort dürfte auch in kurzer Zeit festgestellt sein.

Eine englische Wirtschaftskommission für Deutschland in Sicht.

Bern, 1. Febr. (tu.) In den nächsten Tagen werden, wie verlautet, 2 Beauftragte der englischen Regierung sich nach Deutschland begeben, um sich dort einige Zeit zum Studium der wirtschaftlichen und politischen Lage aufzuhalten. Die Kommission begibt sich von München nach Berlin.

Bevorstehende Auffstände in Irland?

Haag, 1. Febr. (tu.) Aus Dublin wird gemeldet: Es gehen hier Gerüchte über neue bevorstehende Auffstände in Irland um, die einen ungeheuren Umsatz annehmen sollen. Das Sinnfeinerum, das immer mehr unter den bolschewistischen Einfluß gekommen ist, versucht jetzt auf die steilegenden Bergarbeiter und Hafenarbeiter aus dem Clyde-Distrikt einzutreten, um diese unter seinen Einfluß zu bringen. Die Agenten der Sinnfeiner versprechen den Arbeitern die 40-stündige Arbeitswoche, wenn sie sich der Sinnfeiner und bolschewistischen Bewegung anschließen.

Geplanter polnischer Einfall in Westpreußen.

Berlin, 1. Febr. (tu.) Wie der Deutschen Tagesszeitung vertrauenswürdig versichert wird, planen die Polen zum 5. oder 6. Februar einen größeren Einfall in Westpreußen.

Aus Stadt und Land.

Mitteilungen für diese Rubrik nehmen wir immer dankbar entgegen.

Wilsdruff, den 1. Februar 1919.

An die Herren Wahlvorsteher!

Die Herren Wahlvorsteher bitten wir, uns das Ergebnis der Wahlen für die Sächsische Volkskammer sofort telefonisch zu übermitteln. Für die Auslagen kommen wir gern auf.

"Wilsdruffer Tageblatt."

Was die Woche brachte. Sie brachte ausgeprägtes Winterwetter. Das dazwischen tretende Tauwetter hielt nur einen Tag an, und dann setzte die Kälte bei rauhem Ostwind mit noch größerer Heftigkeit ein als wie zuvor. Die auf den Fluren liegende Schneedecke ist zwar weniger dicht, doch genügt sie, um die Saaten hinreichend zu schützen. Der scharfe Ostwind ist besonders für Kinder, die zu Entzündungen der Luftwege neigen, das reine Gift; es kann darum den Eltern nur angeraten werden, die

kleineren Kinder in der Stube zu behalten und den größeren einzuhören, im freien den Mund geschlossen zu halten und nur durch die Nase zu atmen. — Ein Jammer ist die sich immer mehr verschärfende Kohleknott, die in solcher Heftigkeit nicht auftreten könnte, wenn nicht Hundertausende deutsche Männer der Arbeit schon aus dem Wege gingen und sich lieber vom Staat ernähren ließen. Hierzu ein drastisches Beispiel. Es verlangte in der Niederausitz das Brüdersyndikat der ausgedehnten Braunkohlenlager, deren Tagebau schnellstens ausgebaut werden könnte, 10000 Arbeiter, doch meldeten sich nur 150. In unserer Stadt konnten in der vergangenen Woche auch wieder einmal nach langer Zeit Kohlen verteilt werden. Zuviel mußten die Bäckereien bedacht werden und dann kamen die vielen, vielen Notleidenden an die Reihe, um die Handvoll Kohlen, die ihnen nach dem Verteilungsplan nur zugedacht werden konnte, in Empfang zu nehmen. Es ist, um es noch einmal zu wiederholen, ein Jammer! Der Hunger hat in unserem Reiche schon schrecklich gewütet, nun sollen wir womöglich noch dem Erringen preis gegeben werden. — Schlimm sind jetzt auch die Vögel dran. Schon am frühen Morgen nähern sie sich der menschlichen Wohnungen und warten sehnsüchtig auf Abfälle. Mit hungrigem Magen kommen sie, und sollen wir sie so wieder absieben lassen? Nein, sie sollen auch von dem wenigen, was wir selber haben, noch etwas bekommen. Laut sei es allen Bewohnern von Stadt und Land zu gerufen: Vergelt der hungernden Vögel nicht Unrecht die Tage ereignisse der verflossenen Woche gab der Interkontinent des Tageblattes genügend Aufschluß. Obenan standen die Wahlversammlungen zur sächsischen Volkskammer. Für diese Wahlen zogen nach dem Besuch der Versammlungen die bürgerlichen Kreise nicht das Interesse, wie es bei der Wahl zur Nationalversammlung zu beobachten war. Das ist sehr bedauerlich und vereitelt den Zustand politischen Pflichtgefühls im Bürgertum. Wer sich der Mitarbeit begibt, hat auch kein Recht auf Unberücksichtigung. Und doch wie notwendig ist eine ansehnliche Vertretung des Bürgerstandes sowohl in der Nationalversammlung als auch in der Volkskammer. — Dann sind es aber auch Anzeichen über Unterhaltungsabende, die uns unter den Inseraten auffallen. Nicht nur in unserer Stadt, sondern auch in den Orten der Umgebung wurden Konzerte und Theater abgehalten. Es ist dies ein Zeichen, daß man gewillt ist, zu den früheren Gewohnheiten allmählich wieder überzugehen. Und so ist's auch recht. Mit dem Kopftanzen muß es einmal sein Ende haben. Wir vermögen das Unrecht, das über unser Vaterland hingezbrochen ist, nicht aufzuhalten, und da ist es von W. R., wenn wir durch Zusammentreffen, u. s. w. auf andere Gedanken zu bringen suchen. Die Wahl ist auch glücklich zu nennen, denn Musik und Theater gehören zu den edelsten Unterzeugungen. — Nun noch zum Schluss ein mahnendes Wort an alle die Männer und Frauen, die durch Ausübung der Wahl mit berufen sind, an dem Ausbau der Republik Sachsen zu helfen. Ein freies Sachsen und ein freies Deutschland soll entstehen, in dem für reich und arm, hoch und niedrig gleiche Rechte zu finden sind. Jedermann mache Gebrauch von seinem Wahlrecht und gebe dabei Einflüsterungen kein Gehör. Die Pfeile gegen das Vaterland lasse niemand unerfüllt. So wollen wir hoffen, daß die Wahltitelung zur sächsischen Volkskammer ebenso reagiert, wie zur Nationalversammlung: war.

— Die 98 Abgeordneten für die Sächsische Volkskammer werden morgen Sonntag den 2. Februar ganz in derselben Weise gewählt, wie die zur Nationalversammlung, nur ist die Wahlzeit von 9 Uhr vormittags bis 7 Uhr nachmittags festgesetzt. Bei den Nationalwahlen konnte man bekanntlich bis 8 Uhr abends wählen, doch hat es sich gezeigt, daß in den letzten Stunden kaum noch jemand an der Urne erschien.

— Polizeistunde am Wahltag. Am kommenden Sonntag, dem Tage der Wahlen zur sächsischen Volkskammer, ist die Polizeistunde für Schankwirtschaften und Vereinsräume auf 1/212 Uhr abends festgesetzt worden. Für Theater, Lichtspiele und sonstige Vergnügungsstätten bleibt es bei dem 10-Uhr-Schlus.

— Blau-weiße Fünfmarkscheine. Wie uns die Mitteldeutsche Presse und A.G. hiermitteilt, werden die blau-weißen Fünfmarkscheine noch bis 10. Februar an der Kasse eingelöst.

— Beilage. Der heutige Gesamtauslage liegt ein Flugblatt der Deutschen Nationalen Volkspartei bei.

— Die Verjährung von Forderungen gegen Kriegsteilnehmer ist durch Reichsgesetz vom 4. August 1914 seinerzeit solange unterbrochen, als der betreffende Schuldner noch Kriegsteilnehmer ist. Mit dem Ausscheiden des Schuldners aus dem Kriegsdienste setzt dagegen der Fortlauf der Verjährungszeit wieder ein, für Geschäftsinhaber, die noch Forderungen an ehemalige Kriegsteilnehmer haben, sei hierauf besonders hingewiesen. Ein Verhindern des Ablaufes der Verjährungszeit läßt sich durch eine einfache schriftliche Mahnung nicht erreichen, vielmehr hat nur die Einreichung der Klage eine Unterbrechung der Verjährungszeit. Hingewiesen sei ferner darauf, daß die Verjährungsfristen, 2 bzw. 4 Jahre, je nachdem, ob es sich um Lieferungen an Private oder Geschäftsinhaber handelt, erst mit dem auf den Tag der Entstehung der Forderung folgenden ersten Januar beginnen und somit auch stets mit dem Ablauf eines Kalenderjahres zusammenfallen.

— Postsendungen an die in Belgien zurückgebliebenen Kranke, Verwundeten und Sanitätspersonen-Briebe und Geldsendungen an das in Belgien zurückgebliebene Sanitätspersonal sind zu richten an das "Corps de prisonniers Quere Wulveringhem". Das Internationale Comité vom Roten Kreuz in Genf, Serv ce sanitaire, hat sich bereit erklärt, gleichfalls Briefe und Geldsendungen an in Belgien zurückgebliebene Kranke, Verwundete und Sanitätspersonen zu vermitteln.

— Eine freie Altersherkommung für Sachsen zur Ausprache über die bedeutungsvoilen gegenwärtigen französischen Fragen beabsichtigt nach Mitteilungen der sächsischen Kanzlei und des sächsischen Außenministers für die Kirchenrentenungsfrage das Deutschen Landeskonsistorium für Mitte Februar einzuberufen. Vielfach Wünschen aus dem Lande entsprechend, werden in die Versammlung neben den Mitgliedern der Landeskonsistorium

IV. Schluss- und Strafbestimmungen.

§ 15.

Diese Bestimmungen treten sofort in Kraft.

§ 16.

Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Bestimmungen werden gemäß § 17 der Bundesratsverordnung vom 12. August 1916 mit Gefängnis bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Meißen, am 1. Februar 1919.

Nr. E 8 II O.

Kommunalverband Meißen Stadt und Land.

Bezug von Hülsenfruchtsaatgut durch Verbraucher.

Wer Hülsenfruchtsaatgut sowie Saatgut von Buchweizen und Hirse erwerben will, bedarf einer **Saalkarte**. Der Antrag auf Ausstellung einer Saalkarte ist schriftlich unter Verwendung des vorgeschriebenen Vordrucks zunächst bei der Ortsbehörde zu stellen. Diese gibt den Antrag nach Prüfung und Bestätigung der darin gemachten Angaben an den Kommunalverband (Amtshauptmannschaft) weiter.

Für jede Fruchtart und, wenn Saatgut derselben Fruchtart von mehreren Verbrauchern bezogen werden soll, sind die Anträge getrennt zu stellen. Soweit es sich um Mengen von nicht mehr als 125 Gramm handelt, ist Saalkarte nicht nötig.

Die Gemeindebehörden haben streng darüber zu wachen, daß das zum Gemüseanbau erworbene Saatgut auch zur Bestellung verwendet wird und etwa nicht verbrauchte Mengen ordnungsmäßig zur Ablieferung kommen.

Unbenutzt gebliebene Saalkarten sind an den Kommunalverband zurückzugeben.

Zuwiderhandlungen gegen vorstehende Bestimmungen sind strafbar.

Meißen, am 28. Januar 1919.

Nr. 180 II E.

Kommunalverband Meißen Stadt und Land.

(Die Amtshauptmannschaft.)

Geschirre und Woilachs.

Von der Heeresverwaltung freigegebene Geschirre und Woilachs stehen zur Abgabe an landwirtschaftliche, gewerbliche und industrielle Vertriebshäuser zur Verfügung und werden gegen eine **Bescheinigung der Gemeindebehörde über die Notwendigkeit der Anschaffung** abgegeben im Lager der Sattlergenossenschaft Dresden (Görlitzerstraße 7 bei Sattlermeister Brose) zu folgenden Preisen:

militärische Sielengeschirre ohne Halster und Trense	128,75 Mark,
sog. Panzergeschirre ohne Bügel, Halster und Trense, gebraucht	15,45 Mark,
sog. Panzergeschirre ohne Bügel, Halster und Trense, neu	30,00 Mark,
neues Woilachs	30,99 Mark,
Schlauchgut-Sielengeschirre ohne Zaunzeug und Kreuzbügel zu und ungebrauchte militärische Kuntzgeschirre ohne Halster und Kreuzbügel zu	25,75 Mark,
Außerdem werden weiterhin von den Depots und Truppenteilen Geschirre nicht militärischer Art verkauft.	83,50 Mark.

Meißen, am 29. Januar 1919.

Die Amtshauptmannschaft.

Höchstpreise für Pferdefleisch.

Zufolge der auf Grund von § 2 der Reichsverordnung über Pferdefleisch vom 13. Dezember 1916 (R. G. Bl. S. 1857) vom Arbeits- und Wirtschaftsministerium ertheilten Ermächtigung, werden mit Genehmigung der Kreishauptmannschaft für den Bezirk des Kommunalverbandes Meißen-Land die Kleinverkaufspreise für Pferdefleisch wie folgt festgelegt:

Betrachtung zum 4. Sonntag nach Epiphanias.

Matth. 8, 28: Da sagte er zu ihnen: Ihr gläubigen, warum seid ihr so furchtlos?

Jesus ist mit seinen Jüngern im Schiff auf dem Meere. Ein gewaltiger Sturm erhebt sich, daß das Schiff mit Wellen bedeckt wird. Furcht und Angst um ihr Leben erfassen die Jüngerherzen. Herr, hilf uns, wir verderben! Mit diesen Worten wenden sie den Herrn, den auch der gewaltigste Sturm nicht aus seiner heiligen Ruhe weder äußerlich noch innerlich gebracht hat, der aber für den Hilferuf der Seinen trotz Sturm und Wogengebräu ein feines Ohr hat. Zunächst muß er sie rätseln. Wie konnten sie nur glauben zu verderben, wenn und solange der Herr bei ihnen im Schiffe ist!

Lieber Leser, ob der Herr nicht auch in diesen Zeiten der Unruhe Grund genug hätte, uns so zu tadeln, wie einst die Jünger! Es ist ja jetzt Sturmzeit für das Schiff der Kirche auf dem Völkermeer. Viele kämpfen jetzt wider die Kirche, wider alle Religion. Hinaus mit diesem überflüssigen, überlebten Ballast aus dem Leben! Die Kirche sei nur Hemmschuh und Hindernis für den Fortschritt des Lebens. Großer aber als die Zahl der offenen Feinde ist die Zahl der verborgenen Feindschaft. Religion soll nur Privatsache, eine Winkelsache sein; im und für das öffentliche Leben habe sie ihre Rolle ganz ausgespielt. Andere lassen wohl Kirche und Religion bestehen, aber was sie darunter verstehen, ist alles andere, nur keine christliche Religion; es ist entweder nur düstere Morallehre oder ein nach eigenem Erkenntnisvermögen selbst gerechtfertigtes, nach eigenen Begierden und Wünschen willkürlich aufgebautes Christentum, das aus der Schrift nur nimmt und befestigt, was jeweils dem Fleischewillkommen ist. Es gibt nirgends mehr Habsucht und Läufigkeit, als gerade in religiösen, kirchlichen Dingen. Und zu dem inneren Kampf um Glauben und Lehre ist jetzt noch dazu der Kampf um das äußere Dasein und Bestehen der Kirche durch die neue Regierung herausgeschworen.

Kein Wunder, wenn in dieser Sturmeszeit manch Christenherz um die Kirche, um Religion und Glauben bangt! Trotz aller Belehrung in Wort und Schrift, trotz aller treuer Arbeit seitens der kirchlichen Kreise noch so groß die Verständnislosigkeit und Teilnahmehemmung in kirchlichen Dingen, ja die Klage über zunehmende Verstockung, Verpottung ist nur zu berechtigt. Wie in anderen Angelegenheiten so auch in religiösen erscheint jetzt vielen die Welt als ein großes Narren- und Tollhaus. Bedrückt und tief bangend um die Genehmigung des Volkes in geistiger wie geistlicher Beziehung geht jetzt mancher Christenherz umher und bekenn: Menschenhilfe und Weisheit ist wieder einmal zu Ende, die einzige Hilfe ist der Herr! So steigt aus mancher Brust, wie einst, der aufrichtige Gebetsaufer: Herr, hilf uns, wir verderben!

Aber in diese Verzagtheit und Furcht vor der trüben Zukunft fliegt uns doch auch sein obiger Vorwurf vom Kleinstaaten entgegen. Der Herr ist immer noch im Schiff seiner

Kirche, er ist immer noch zu finden in Wort und Sakrament; er ist da mit seinem Geist und Gaben. Er sorgt immer noch für uns, auch dafür, daß die Bäume, auch die sozialdemokratischen, nicht in den Himmel wachsen. Die Wahlen zur Reichsnationalversammlung sind noch nicht so ausgefallen, wie jene gewünscht und gehofft hatten. Die neue Regierung hat schon manche unangenehme Erfahrung und Enttäuschung erlebt, hat schon manches nicht ausführen können, was sie gern wollte, hat schon manches mißlungen. Sie wird manche Wege gehen müssen, an die sie nicht gedacht hatte. Und daß sie schon manche Fehler begangen hat, rügen selbst ihre eigenen Führer. Es ist schon mancher Tropfen Wermut in die reiche Zukunftslösung gefallen.

Datum wie bange dir, lieber Christ, auch manchmal ums Herz wird, halte fest: Der Herr ist noch im Schiff, er ist noch der Steuermann am Ruder der Welt. Mit ihm geht's, wenn auch zeitweilig durch Kreuz, so doch stets zur Herrlichkeit des Heils. Er bleibt unser Zuversicht. Wer auf ihn gebaut, hat auf keinen Sand gebaut.

Die Aufteilung des Grundbesitzes.

Siedlungsunternehmungen und Landlieferungsverbände.

Die angekündigten Verordnungen der Regierung über Beschaffung von Siedlungsland und die Umgestaltung des Landarbeitsverhältnisses sind jetzt ergangen, nachdem sie die Zustimmung der landwirtschaftlichen Hörförderstellen gefunden haben. Die Verordnung betr. Beschaffung von Siedlungsland verpflichtet die Bundesländer nach Bezirken eingeteilt

gemeinnützige Siedlungsunternehmungen zu Gründen, denen die Schaffung des notwendigen Landes obliegt. In Frage kommen zunächst die staatlichen Domänen, die nach Ablauf der Pachtverträge den Siedlungsunternehmungen angeboten werden müssen. Ferner dürfen sie Moor- und Olsland ihren Dienstbar machen, gegebenenfalls im Enteignungsweg. Jedes Siedlungsunternehmen hat außerdem das Pachtrecht auf alle in seinem Bezirk liegenden Güter über 20 Hektar. Besondere Belteuerungen der Verordnung regeln die Aufteilung des Großgrundbesitzes. Die Siedlungsbesitzer, deren landwirtschaftliche Fläche zu mehr als je 18% aus sogenannten großen Gütern besteht, sollen danach an rechtsfähigen Landlieferungsverbänden zusammengefaßt werden. Diese Verbände müssen den Siedlungsunternehmungen ihrer Bezirke bis zu einem Drittel der landwirtschaftlichen Fläche der Güter für Siedlungszwecke zu angemessenen Preisen zur Verfügung stellen. Dem Verband wird auch in Fällen dringenden Bedürfnisses ein

Enteignungsrecht bezüglich der großen Güter eingeräumt. Außerdem sind Richtlinien für die Auswahl des aus den großen Gütern zu beschaffenden Landes aufgestellt worden. Es besteht die Absicht, Kriegsgewinner, Spekulanten, Parzellanten, schlecht wirtschaftende Güterbesitzer und sonst Besitzer, die sich während des größten Teils des Jahres nicht auf dem Lande aufzuhalten und nur von der Grundrente leben, vom Lande zu entfernen.

für 1 Pfund Leinenträtsfleisch, Leber, Frischwurst oder Fett	1,40 Mark.
für 1 Pfund Muskelfleisch — ausgenommen Leinenträtsfleisch — ohne Knochen	1,40 Mark.
für 1 Pfund Muskelfleisch mit Knochen	1,30 Mark.
für 1 Pfund Herz und Eingeweide, Kopffleisch und andere geringere Sorten Fleisch — ausgenommen Leber —	1,10 Mark.
1 Pfund Knochen	0,20 Mark.

Wer den Bestimmungen dieser Bekanntmachung zuwiderhandelt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe können die Gegenstände, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter gehören oder nicht, eingezogen werden.

Die Bekanntmachung tritt sofort in Kraft.

Meißen, am 31. Januar 1919.

Nr. 63 II L. Der Kommunalverband Meißen-Land

Höchstpreis für Fleisch und Fleischwaren.

Zufolge Ermächtigung des Arbeits- und Wirtschaftsministeriums dürfen im Bezirk des Kommunalverbandes Meißen-Land vom 3. Februar d. J. ab bis auf weiteres folgende Höchstpreise für Fleisch und Fleischwaren verlangt werden. Für:

a. Rindfleisch mit eingewachsenen Knochen	2,35 M. für das Pfund
b. Kalbfleisch mit eingewachsenen Knochen	1,95 " "
c. Hirschfleisch	2,60 " "
d. Blutwurst	2,25 " "
Leberwurst	2,50 " "
e. Hammelfleisch mit eingewachsenen Knochen	2,10 " "
oder Kochenbelag, soweit es sich um Rüttelfleisch handelt	2,50 " "

Diese Preise sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes.

Zuwiderhandlungen gegen diese Bekanntmachung werden auf Grund der Reichsfleischordnung oder d. s. Höchstpreisgesetzes mit Gefängnis bis zu 1 Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft.

Meißen, am 29. Januar 1919.

Nr. 79 II L. Der Kommunalverband Meißen-Land.

Eisbahn.

Der Besitzer der Ratsmühle hat freundlichstweise die angespannte Wiese an der Ratsmühle zum Schlittschuhfahren zur Verfügung gestellt. Sie wird hiermit zu diesem Zweck freigegeben. Der Ratsmühle steht ist davon ausgeschlossen. Der Zugang zur Eisbahn ist von der Lößnauerstraße bei zu nehmen. Alle Ansagen sind peinlichst zu schonen.

Wilsdruff, am 31. Januar 1919.

Der Stadtrat.

Montag 9—12 Uhr im Hofe des Verwaltungsgebäudes

Abgabe von Preßtorfstein,

soweit der Vorrat reicht, auf den Haushalt ½ Rentner für 5 Mark.

Wilsdruff, am 1. Februar 1919.

Stadtrat Wilsdruff.

Ortskohlenstelle.

Wichtig ist auch die Bestimmung, daß die in den letzten 20 Jahren von Großgrundbesitzern aufgelaufenen Bauerngüter wieder der bäuerlichen Siedlung zugeführt werden sollen. Sogenannte Mustergüter, die wirtschaftlich und sozial vorbildlich sind, sollen erhalten bleiben. Dagegen werden alle Vorrechte, Höfekommisse, Stammgüter, Lehnsgüter usw. beseitigt.

Am Wege der Enteignung sollen vor allem Güter erworben werden, die in den letzten 20 Jahren mehrfach den Besitzer wechselten, die schlecht oder vom Besitzer nicht selbst bewirtschaftet werden.

Die vorläufige Landarbeitsordnung, die ebenfalls sofort in Kraft tritt, schafft Schutzmaßnahmen für die landwirtschaftlichen Arbeiter. Der landwirtschaftliche Arbeitsvertrag entwirkt künftig den Vorrechten des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Dienstvertrag. Die Arbeitszeit wird dahin geordnet, daß in vier Monaten täglich 8 Stunden, in vier Monaten täglich zehn und in vier Monaten täglich 11 Stunden gearbeitet wird. Überstunden müssen bezahlt werden. Belohnungen müssen täglich 2 Rubelstunden gewährt werden. Naturalien müssen zu genau vereinbarten Preisen angerechnet werden. Belohnungen müssen gewährt werden, die den andarbeiterinnen gewährt, die ein Hauswesen zu versorgen haben. Im übrigen wird darauf verwiesen, daß es sich nur um eine vorläufige Verordnung handelt, eine endgültige Regelung soll durch ein in Vorbereitung begriffenes Gesetz geschaffen werden.

Zentralrat und Eisenbahnerstreik.

Die Zeit ist zu ernst!

Berlin, 31. Januar.

Der Zentralrat der Republik wendet sich mit einem Aufruf an alle Eisenbahner und erläutert sie, den dringendsten Verkehr nicht durch Streik zu gefährden. Dem Aufruf heißt es u. a.: Der Zentralrat bat die Veröffentlichung, auf alle diese für das Volk schwerwiegenden Folgen des unregelmäßigen Eisenbahnbetriebes hinzuweisen. Die Zeit ist zu ernst, um durch wilde Streiks das Volk in unabkömmliche Schwierigkeiten zu bringen. Vor allen Dingen darf unter feinen Umständen eine sofortige Entfernung von Forderungen ohne Verhandlungen durch Streik verlangt werden, denn die Demokratie setzt voraus, daß über alle Forderungen nach jeder Seite hin gerecht geurteilt wird. Berechtigte Wünsche muß natürlich eingekommen werden, aber nicht ohne vorherige Verhandlung.

Politische Rundschau.

* Die Einnahme von Kultus erfolgte durch Teile des Infanterie-Regiments 175 unter Führung des Oberleutnants Nohrbach. Mehrere polnische Heser sind verhaftet worden und kommen vor das Kriegsgericht. Der Lagerungszustand wird aufrechterhalten. Von den Polen in Kultus waren 600 Militärgewehre ausgeteilt worden, von denen bisher nur wenige abgeliefert worden sind. Die Polen hatten bei den Kämpfen 6 Tote und 15 Verwundete.

Beamte und Beamfinnen! Lehrer und Lehrerinnen! Hütet Euch vor der Demokratie!

In den demokratischen Staaten gibt es keine Anstellung der Beamten auf Lebenszeit. Auch in Deutschland wird unter der Herrschaft der Demokratie die vom Liberalismus früherer Zeiten errungene gesicherte Beamtenstellung erschüttert werden.

Auch die Deutsche Demokratische Partei wird die Beamten hiergegen nicht genügend schützen.

Minister a. D. Nißchke, der als erster Kandidat der Deutschen Demokratischen Partei im unserem Wahlkreise für die Nationalversammlung vorgeschlagen war, hat in Freiberg in öffentlicher Versammlung ausgesagt: „**Beim Beamtenstum muß vieles anders werden. Bisher war es häufig so: da war ein Beamter, der arbeitete, ein zweiter paßte auf, daß der erste arbeitete und ein dritter paßte auf, daß der zweite aufpaßte, daß der erste arbeitete.**“

Rechtsanwalt Täschner, Freiberg, der von der Deutschen Demokratischen Partei als Kandidat für die Wahlen zur sächsischen Volkskammer aufgestellt ist, hat in Freiberg ebenfalls in öffentlicher Versammlung erklärt, er sei gegen die Anstellung der Beamten auf Lebenszeit und für die Anstellung der Beamten durch Wahl und auf kurzfristige Kündigung.

Beamte und Lehrer, die jetzt zur Deutschen Demokratischen Partei übergehen, werden bald einsehen, dass sie durch Unterstützung dieser Politik den Ast absägen, auf dem sie sitzen.

Die Partei, die die gesicherte Lebensstellung und die Ruhegehälter der Beamten sichern will und eine den Zeitverhältnissen und den wertvollen Leistungen der Beamtenschaft entsprechende ausreichende Beamtenbesoldung erkämpfen wird, ist die

Deutsche Volkspartei.

Darum wählt alle am 2. Februar die Liste

Oberbürgermeister Blüher

* Martirierung der Kriegsgefangenen in Frankreich. Nach dem amtlichen Bericht eines neutralen Delegierten werden die deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich systematisch gepeinigt, indem man ihnen Daumenpflaumen bis zu zwölf Stunden lang anlegt. Der Delegierte sagt darüber wörtlich: „So waren die Daumenpflaumen sehr hart angezogen und wurden während zwölf Stunden beibehalten. Der Schmerz war sehr groß, und die Daumen waren angelochnoll und wund; die Blasen brauchten fünf Wochen zur Heilung.“

Frankreich.

* Wilsons Abreise nach Amerika. Präsident Wilson ist entschlossen, schon in den ersten Tagen des Februar die notwendig gewordene Reise nach Amerika anzutreten. Das in Breslau angekommene amerikanische Kriegsschiff „New Mexico“ liegt auf der Reede vor Anker, um den Präsidenten am Bord zu nehmen. Vorauftaktisch begibt sich Wilson am 2. Februar im Sonderzug von Paris nach Stettin, wo er abends erwartet wird. Am 3. Februar wird dann die „New Mexico“ die Heimfahrt antreten.

Nah und Fern.

* Die Leipziger Frühjahrsmesse ist nunmehr auf den 27. April bis 3. Mai verlegt worden. Der Andrang zur Messe ist äußerst stark; es sind bisher schon über 4200 Aussteller angemeldet, während auf der Frühjahrsmesse 1918 die Gesamtzahl der Aussteller nur 3881 betrug. Der von

einen wenigen industriellen Kreisen gemachte Vorschlag, die Frühjahrsmesse in diesem Jahre mit der Herbstmesse zusammenzulegen, wurde vom Ausschuss abgelehnt.

* Die Bilanz der Breslauer Messe. Der erste Jahresbericht der Breslauer Messesellschaft schließt mit einem Betriebsergebnis von 245 653 Mark ab. Der Reinüberschuss beträgt 45 118 Mark. Die Gesellschaftszahl stieg auf 333 mit 557 000 Mark.

* Hindenburg Ehrenbürger von Kassel. Magistrat und Stadtverordnetenversammlung in Kassel beschlossen, Generalmarschall v. Hindenburg zum Ehrenbürger der Stadt zu ernennen, nachdem er fast zwei Monate lang von Kassel aus die Demobilisation in seines Heeres gelebt hat. Der Ehrenbürgerbrief wurde ihm durch den Oberbürgermeister und den Stadtverordnetenvorsteher erbracht.

* Vom Lebensmittelmarkt in London. Die „Daily News“ enthalten nicht uninteressante Mitteilungen über den jeweiligen Lebensmittelmarkt in London, die einen gewissen Vergleich mit unseren traurigen Verhältnissen auf dem Gebiet der Lebensmittelversorgung gestatten. Fleisch, Geflügel und Fische sind auch in London außerordentlich selten. Ebenso herrscht Mangel an Käse. Reichlich vorhanden sind dagegen Speck, Schinken, Margarine und Schmalz. Die Preise stellen sich so: ein Pfund Butter kostet ungefähr 8 Mark, Kaninchen 1 bis 2 Mark, Stückfisch 1,90 Mark, Heringe 90 Pfennige, ein Dutzend Orangen kostet 1,60 bis 2,50 Mark, Bananen 60 Pfennige das Stück.

* Warnung vor Reisen nach Polen. Von den sechs Hauptstrecken, die nach Polen führen, ist seit Anfang Januar nur noch die von Stargard über Kreuz nach Polen notdürftig in Betrieb. Auf allen übrigen ist der Betrieb eingestellt, teils weil sich Kämpfe an ihnen abspielen, teils weil ihre Bahnsörper teilweise zerstört sind. Während der A&E Kreuz die Weiterreise nach Polen auf Grund vorliegender Ausweise zugleich genehmigt oder verboten, hat das polnische Postdepartement Polen neuerdings verschärzte Vorschriften über Reisen hinter die Front erlassen. Wer die Bahnstrecke Polen-Kreuz-Stargard über Wronki hinaus benutzen will, hat einen schriftlichen Antrag zu stellen, dem Dringlichkeitsbeweise beizufügen sind. Diese verkehrsbedrohlichen, ist bei den jetzigen Postverhältnissen in Stadt und Provinz Polen geradezu unmöglich. Berufspflichten, Geschäftskreisen und ähnliche Gründe genügen keineswegs, um die Ausstellung eines Reiseausweises zu erwirken. Außerdem stehen die deutschen Posten, die den von Polen kommenden Zug zwischen Ostritz-Mühle und Kreuz genau prüfen, einen solchen Reiseausweis nicht als genügende Legitimation an.

* Reformfrage auf der Friedenskonferenz. In der letzten Sitzung der Akademie der Wissenschaften in Paris wurde vom Direktor des Observatoriums Meudon angeraten, die Akademie möge der Friedenskonferenz die Frage unterbreiten, ob nicht auch die Kalenderreform endgültig geregelt werden sollte. Es würde sich darum handeln, den gregorianischen Kalender auf der ganzen Welt einzuführen und den julianischen Kalender aufzulösen.

Irrtümer bei meinem Besuch in Bonn? ... Die Schulbücher sind verlaufen worden, und die Schreibhefte habe ich in jener Stunde verbrannt.“

„Und was hat sie für Umgang gehabt?“

„Was für Umgang? ... Na, eigentlich nur den mit Friederike und Heinrich; ja hat es ja selbst nicht anders gewollt.“ „Sieht grausam aus, wie die Oberlippe leicht rot und einen heißen Borderzähne haben ließ.“ „Ich habe es natürlich nicht über mich gewinnen können, sie an meinem Tische essen zu lassen und in meiner Stube zu dulden.“ fuhr sie fort, einmal vor und blieb sie das Weinen, das sich zwischen den beiden beiden großen, grinsenden Mund noch weiter auszudehnen vermochte, er hätte es sicher getan, und zwar vor Erstaunen — ungünstige Wehr leichte vergeblich noch dem Kopf und dem Körper auf die Feder, die angezählt mit frischer Tinte, und der da lag die Feder, mit seinem Kleide ihre nichtvermögende Spalte bunt zu pühen — unerhörbar! Der peinlich-pünktliche Professor war zerstreut.

„Mutter“, logte der Professor, im Vorübergehn das Wohnzimmer betretend, „ich wünsche nicht, daß du mir das Wohlgefallen fernter mit Aufträgen hinausziehst — überwisse das Heinrich, und ist er einmal nicht da, so kann ich schon.“

„Sieh du“, entgegnete Frau Hellwig triumphierend, „du bist schon nach drei Tagen diese Physiognomie unerträglich, aber hast du verurteilt, sie neun Jahre lang um dich zu dulden!“

Ihr Sohn zuckte schweigend die Achseln und wollte sich untersetzen.

„Der frühere Unterricht, den sie bis zu des Vaters Tode erhalten, hat völlig aufgehört mit ihrem Eintritt in die Bürgerchule?“ fragte er, sich nochmals umwendend.

„Was das für nördrische Fragen sind, Johannes?“ rief Frau Hellwig ärgerlich. „Dabe ich die nicht ausführlich kennen über diesen Punkt erläutern, und ich hätte auch

als habe nie ein verheerender Herbststurm an den Zweigen gerüttelt, nie der Winterrost seinen tödlichen Kräftele um vergebende Blumenbüpter gesponnen. Vor Jahren hatte es ebenso farbig geleuchtet auf Büschen und Beeten für ihn, dessen warmes, weiches Herz nun in Staub zerfiel, für ihn, der seine hellende, stützende Hand überall anlegte, wo es galt — bei seinen empfindsamen Blumen, wie bei Menschenbildlosigkeit und Elend ... Die jungen Blumenanlagen da älteren lächelten jetzt ebenso fröhlich in andere, alte Gesichter, und die Menschen sprachen nicht mehr von ihm ...

Hierher bot er sich und die kleine Wiege gerettet vor den vernichtenden Blicken und der schneidenden Zunge da drinnen in der Stadt — nicht allein zur lustigen Sommerzeit; wenn draußen der Frühling noch mit dem Winter rang, dann prahlte hier im weißen Porzellanschoß ein tüchtiges Feuer; ein dicker Teppich auf dem Boden wärmete die Füße, die Nüsse drückten ihre Knospenansätze gegen die erwärmten Scheiben, auf denen einzelne verwogene Schnellschlösserrettunglos zerbrachen, und über den weiten, noch weißen Gartenplan quakte der halbbeichtende Berg herein mit dem wohlbelannten Pappeleit auf der Stirn ... traute, liebe Erinnerungen! Und da drinnen standen die Kübelpflanzen; die kaum entwölkten Blätterzungen hingen in diesem Augenblide müßig und unbewegt, wie trunken vom goldenen Sonnenlicht, übereinander ... Was hatten sie einst dem Kindes Auge zugestülpt! Süße,elige Verheißungen von Welt und Zukunft, Träume, so klar und schattenlos, wie der unbewölkte Himmel droben — und dann war es plötzlich dunkel und düster über dem schuldlosen Haupte des Spielerskindes gemordet, ein greller Blitz der Erkenntnis hatte die Blätterzungen zu Zägern gemacht.

(Fortsetzung folgt)

Landwirte aufgepasst!

8 Landwirte sendet die

Deutsche Demokratische Partei in die Nationalversammlung.

4 Landwirte von den Bauernverbänden schließen sich
unserer Partei an, also zusammen

12 Landwirte,

in der überwiegenden Zahl kleine und mittlere
Bauern, darunter der 1. Vorsitzende des uns ver-
bündeten Deutschen Bauernbundes, Dr. Böhme,
ziehen in die Nationalversammlung ein.

Bei keiner anderen Partei also sind Deine Interessen so
stark vertreten, **Landwirt**, als bei der

Deutschen Demokratischen Partei.

Habt also Vertrauen, **sächsische Landwirte**, tretet
am **2. Februar** ein bei der Wahl zur sächsischen Volkskammer
für unsere Liste.

Wir werden Euer Vertrauen in vollem Maße rechtfertigen.

Deutsche Demokratische Partei.

Wählt Liste „Kraft“.

synode und den Ephoren des Landes auch Vertreter von 32 der wichtigsten kirchlichen Vereine und Konferenzen entsandt werden. Auch ist eine starke Beteiligung von Nichtgeistlichen vorzusehen.

— Vorläufig keine Pferdeversteigerung. Infolge Verfügung des Ministeriums für Militärwesen Dresden werden Versteigerungen von arbeitsverwendungsfähigen Pferden soviel die Bekanntgabe ersterer noch nicht erfolgt ist, bis auf weiteres ausgesetzt.

— Was wir von einer Besiegung Deutschlands zu erwarten haben. Ein Extrablatt des Regierungs-Vorwärts berichtet: Aus Rödin erreichen uns Informationen, daß dort die Besatzungstruppen der Entente den Zwölftundenstag eingeführt und 60 Pfennige Stundenlohn als normal festgesetzt haben. Das Streiken ist verboten. Wer sich weigert, unter den festgesetzten Bedingungen Arbeit anzunehmen, wird militärisch festgenommen und in das ehemalige Kampfgebiet in Nordfrankreich abtransportiert, um dort zwangsmäßig an der Wiederherstellung des Landes zu arbeiten.

— Die Grippe unter den Tieren. Aus verschiedenen Gegenden Mitteleuropas wird gemeldet, daß die Grippe auch unter den Tieren mit Heftigkeit austritt. Ganz besonders gilt dies für Ziegen und Pferde. Es gibt Landwirte, die drei und mehr Pferde abtun lassen müssen. Stark verbreitet war die Seuche da und dort auch unter den Hühnern. Ganze Ställe müssen geräumt werden. Eine gründliche Desinfektion hat unbedingt jeweils der Auseinandersetzung zu folgen, um die Weiterverbreitung zu verhindern.

— Meißen. Zu einer Geldstrafe von 15120 Mark, höchstens 108 Tagen Gefängnis, wurde der Guts- und Siegeleibesitzer H. in B. wegen Vergehens gegen die Verordnung über Enteignung von Kartoffeln vom hiesigen Schöffengericht verurteilt. Seine Ehefrau, die des gleichen Vergehens beschuldigt ist, wurde freigesprochen. Beiden Angeklagten ist zur Last gelegt, am 14. bzw. 18. November der zur Kartoffelbestandsaufnahme im Gute erschienenen Enteignungskommission 189 Zentner Kartoffeln verschwiegen.

zu haben. Die Kartoffeln wurden beschlagnahmt und verfielen ohne Entgelt dem Kommunalverbande.

— Gossau. Der idyllisch gelegene Ausflugsort „Ebenek“ feiert heute ein Jubiläum. Um 1. Februar vollendeten sich 650 Jahre, daß dieser Ort urkundlich erstmals genannt ist, und zwar in einer solchen vom 1. Februar 1269 des Hochstifts Meißen, in der der Ort mit als Weinberg „Ebenek“ bezeichnet wird.

— Dresden. Die Mörder des bei Döhlitz aufgefundenen Landwirtes Schob sind von der Dresdner Polizei ermittelt und festgenommen worden. Es sind die beiden Soldaten Thomas Poppi aus Sondern und Paul Peters aus Kamenz. Die Mordeksa hat Ahnlichkeit mit dem Schleichaude-Mord bei Radebeul. Auch Schob machte fragwürdige Schritte. Die Mörder benutzten diese Nutzung des Getöteten, um ihn in eine entlegene Gegend zu locken, zu überfallen und ihm die erbliche Barthaft abzunehmen. Obendrein bestohlen sie ihn fast aller Kleidungsstücke. Die Täter töteten die Brüte und verprahnen sie sofort in Dresden bei Weingelagen und Tanzvergnügen. Zwei Männer ürten sie in einen Mittwoch mits der Fahabern eines T-Modellfahrzeugs am See. Sie würgten sie am Halse, räubten die Ladentasche und entflohen. Es ist bisher nur gelungen, einen der Täter zu fassen.

— Klingenberg. Als neue Schmalspurbahn wird demnächst die Linie Klingenberg—Oberdtmannsdorf errichtet. Es ist dafür ein Eisenbahnbauamt Klingenberg gebildet worden, das bereits die Erdarbeiten, Gleis-, Betonarbeiten und Kunstraumen für den Bau ausschreibt.

— Grossen b. Zwönitz. Die 94 Jahre alte Gutsauszügerin Johanne vew. Richter übte bei der Wahl zur Nationalversammlung trotz ihres hohen Alters ihr Wahlrecht aus.

— Leipzig. Die Schuhleute, Ratsbeamten und Feuerwehrleute sind zwecks Aufkaffierung ihrer Gehälter in eine Lohnbewegung getreten und haben folgende monistische Mindestsätze aufgestellt: Polizeiboten 340 Mk., Schuhleute und Feuerwehrleute 360 Mk., Oberwachmeister 380 Mk.

Inspektoren 400 Mk. Der Rat hat eine wohlwollende Prüfung der Forderungen zugesagt. — Die Bergleute des Döhlitzer Braunkohlenbezirks sind am Mittwoch in den Streik getreten, da ihnen eine geforderte einmalige Teuerungszulage nicht bewilligt wurde.

Vermischtes.

Eine neue Anwendung der Röntgenstrahlen. Es galt als eine der am meisten hervorstehenden Eigenheiten der Röntgenstrahlen, daß sie Metalle nicht zu durchdringen vermögen. Ihr berühmter Entdecker wußte allerdings schon, daß jene Eigenschaft nicht ganz allgemein anzunehmen wäre, da er Schattensbilder verschiedener Metallgegenstände zu erhalten vermochte. Seitdem sind die Röntgenstrahlen nicht nur rein wissenschaftlich weit gründlicher erforscht, sondern auch noch vielen neuen Anwendungen zugestellt worden, auch auf dem Gebiet der Metalldrückung. Eine ganz eigenartige Anwendung in einem freilich sehr besonderen Einzelfall schildert Dr. Bouterwek. Zu technischen Zwecken wollte man ein amerikanisches Kunstdenkmal bis in die feinsten Einzelheiten untersuchen, ohne es durch Auseinandersetzung zu beschädigen. Nur die Röntgenstrahlen vermochten diesen schwierigen Bedingungen zu genügen, indem sie das Innere des Schlosses bis in die feinsten und feinsten Teile hinweg auf die photographische Blätter brachten.

— Dreihundertjahrfeier von Breitkopf und Härtel. Das in der ganzen Welt bekannte Musikverlagsbüro Breitkopf und Härtel in Leipzig, das am 27. Januar das Jubiläum seines zweihundertjährigen Bestehens mit einer Feier im Verlagsgebäude und mit einer Opernaufführung im Stadttheater beginnt, ist eine Gründung des aus dem Harz eingewanderten Bernhard Christoph Breitkopf. Die Wirkungsstätte befand sich weit länger als ein Jahrhundert im Goldenen Vier, einem heute noch liebenden Vorstadtbau, in dem Gottschalk Hausgenosse war, und wo der junge Goethe aus- und einging. Der Sohn des Gründers, Job. Gottlieb Immanuel, erstand den Neubau mit beweglichen Seiten.

Die heutige Nummer umfaßt 4 Seiten.

Herausgeber, Verleger und Drucker: Arthur Schünke in Wilsdruff. Verantwortlich für die Schriftleitung: Oberlehrer I. R. Götter, für den Herausgeber: Arthur Schünke, beide in Wilsdruff.

Durch KRAFT zum Sieg am 2. 2. 19! Wählt darum die Liste der Deutschen Demokrat. Partei!

Alle Sorten 1854
Kartoffel-, Obst- u.
Wirtschaftskörbe
empfiehlt u. repariert
Johannes Breuer
Kochküche, Rosenstr. 82.

Dauerbrandöfen,
Huteröfen
zu Kochaufbau
Bratröhrchen
und

familiäre Ofenteile
Paul Schmidt,
Dresdnerstr. 94, Ecke Rosenstr.
Fernsprecher 484. 1857

Achtung! Schlachtfeste
angemessene Preise. Roh-
schlächter Heinr. Hahnlich,
Potschappel. Tel. 2779 Amt
Draben. Bei Rottschäften
Transportwagen zur Stelle.

Sackstopfgarn
empfiehlt 1853
Oskar Böhland Nachf.,
Meißen, Fernspr. 381.

Schlachtpferde
zu höchsten Preisen zu kaufen
geachtet. 1856
D. Klein, Dresden-
Neubau, Rosenthalstr. 5.

Obstplantage
von mind. 500—800 Bäumen
zu pachten od. kaufen gesucht.
Angebote unter 1841 an die
Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

= Bahn-Praxis =
Ernst Hartmann
früherer Assistent von Fritz Kleisch — jetzt
„Stadt Dresden“
Freiberger Straße.
Sprechzeit: täglich 9—5 Uhr, außer Sonntags.

Tischlerei
mit Maschinen- u. Motor-
betrieb in oder bei Wilsdruff
wird zu kaufen gesucht.
Angeb. mit Preisangabe
unter 1840 an die Geschäfts-
stelle d. Bl. erbeten.

Wirtschaft
20 bis 30 Scheffel, oder
kleineres Gut sofort zu
kaufen gesucht. Angebote an
A. Reinhardt,
Starbach i. Sa. 1856

Eine hochtragende
Ziege
 steht zum Verkauf bei
Richard Nebel, Wilsdruff,
Am oberen Bach 182.

Oswald Mensch Nachf.
Inh.: Monsch & Söhne.
Rossenschlächterei, Speisewirtschaft u. Pferdegeschäft
Potschappel.
Fernsprecher Amt Deuben Nr. 735.

Bei Unglücksfällen mit Transportwagen sofort zur Verfügung.

Kleinhandler! Gewerbetreibende!
Auf den Plan! Wahrt Eure Inter-
essen bei der Wahl zur Sächsischen
Volksschule!

Wählt! Wählt alle!
Wählt aber bürgerlich!

Unterricht für Konzert-Zither
erteilt 1856
A. Schneider, Sedlitzerstraße 176.

Altenberg
im Erzgebirge
(Bezirk Dresden)
Höhere Lehranstalt
für künftige
Verkehrs-
beamte

Einjährig-Freiwilligen-Zeugnis nach vierjährigem Kursus.
18-jährige Kunden aufnahmefähig. Prospekte durch Schul-
direktion und Bürgermeisteramt.

Die Person, welche am
den 26. ds. Ms. im Gasthof
Münzig die schwarze Boa
ingezogen hat, ist erkannt
worden und hat die Boa so-
fort wieder im Gasthof Münzig
abzugeben, sonst wird gerichtl.
Entziehung beantragt. 1856

Jüngeres
Hausmädchen,
am liebsten vom Lande, für
sofort oder später gesucht.

1856 Frau Postverwalter
Wolfskele Mitte-Röhrchen.
Wir bitten höflich, An-
zeichen bis 10 Uhr vor-
mittags aufzugeben.

Sauberes, ehliches
Mädchen
welches sich auch zum Gä-
bedienen eignet, für 1. März
oder früher gesucht. 1856
Lindenschlößchen.

Ehrliches, fleißiges
Mädchen,

Schreiberlehrung
für sofort oder später gesucht.
Rechtsanwalt u. Notar
Dr. jur. Kronfeld,
1856 Wilsdruff.

15—17jähriges
Mädchen

wird zum baldigen Unterritt
in Landwirtschaft gesucht.
Werte Offerten erbeten unter
1852 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Sauberes, ehliches
Mädchen
welches sich auch zum Gä-
bedienen eignet, für 1. März
oder früher gesucht. 1856
Lindenschlößchen.

Ehrliches, fleißiges
Mädchen,
16—20 Jahre alt, für Haus-
u. Gartenarbeit zum 15. Fe-
bruar gesucht. Offerten unter
1853 an die Geschäftsst. d.
Bl. erbeten.

Sächs. Wähler und Wählerinnen!

Keine Wahlmüdigkeit! Wahlrecht ist Wahlpflicht!

Eine sozialistische Mehrheit ist unabwendbar, wenn nicht jeder nichtsozialistische Wähler wählt.
Durchkreuzt auch die Wahlaktik der Deutschen Demokratischen Partei,
indem Ihr geschlossen eintretet

für die Liste Blüher!

Die Deutsche Volkspartei.

Landwirtschaftlicher Hausfrauen-Verein Wilsdruff.

Mittwoch den 6. Februar nachmittags 4 Uhr im Gasthaus Weißer Adler

Monatsversammlung

und Vortrag des Herren Obstbauwanderlehrers Pfleiffer über Gemüsebau.

Gäste willkommen. 1820 Die Vorsitzende.

Goldener Löwe Wilsdruff

Montag den 8. Februar

Großes Militärfestival

ausgeführt von der Kapelle des Schützen-Regiments Nr. 108.

Anfang 7 Uhr.

Eintritt 1 Mt., im Vorverkauf im Goldenen Löwen und bei Friseur Weisse 80 Pf.

Nach dem Konzert Ball.

Hierzu laden freundlichst ein

Kurt Schlosser.



Linden-schlösschen.

Sonntag den 2. Februar
von nachmittags 4 Uhr an

feiner Ball.

Gasthof Limbach.

Sonntag den 2. Februar

starkbesetzte Ballmusik,

woraus bestens einzuladen

1802

A. Kubisch.

Einer sehr geehrten Rundschau von Stadt und Land zur gesl. Kenntnisnahme, daß ich mein

Blumengeschäft

am Markt wieder eröffnet habe und bitte um weiteres gütiges Wohlwollen.

Hochachtungsvoll

Aug. Zimmermann.

Dr. Bretschneider

aus dem Heeresdienst entlassen

nimmt am 1. Februar

seine Praxis wieder voll auf.

Sprechstunden:

Wochentags von 11—1 Uhr

Sonntags nur von 8—10 Uhr.

Fernsprechanschluß 440.

1790

Starker brauner Wallach

9 Jahre alt, ist preiswert zu verkaufen

1801

Kesselsdorf, Gebrüder Ferch,
am Bahnhof. — Berater: Amt Wilsdruff Nr. 471



Nachruf.

Den Helden Tod starben nach treuer Pflichterfüllung
unsere lieben Vereinsmitglieder

Soldat Arno Kunze

William Chemnitzer

" Georg Hartmann

Unteroffizier Otto Petters

Soldat Alfred Goltzsch

" Hellmuth Opitz.

erner ist seit September 1914 vermisst

Willy Hanschmann.

Sie waren uns jederzeit treue Jugendfreunde und
der Verein wird ihr Andenken stets in Ehren halten.

Grüner Rasen, frische Erde
Deckt euer frühes Grab,
Ihr sterbt im Kampf gewöhle,
Euch zog das Schicksal hinab.

Jung war noch Euer Leben,
Stark noch die Lebenskraft,
Beides habt ihr gegeben,
Dem Tode als Opfer gebracht.

Gestorben, doch treu gewesen,
Gefallen, doch unbesieglt,
So habt ihr dem Tod euch ergeben,
Nicht irdischer Macht gefügt.

Doch immer bleibt ihr uns Freunde,
Auch über das Grab hinaus,
Was früher uns fröhlich vereinte,
Das löst auch der Tod niemals aus.

Gewidmet vom Casinoverein Herzogswalde.

1820

la Speisejalz Biehjalz

hat am Lager und empfiehlt
zu billigem Preis

Louis Seidel
Wilsdruff.

Raude
Schlacht-
pferde
zu höchsten Preisen.
August Höhfeld,
Wilsdruff, Fernstr. 524.
Im Notfalle sofort zur
Stelle.

Empfiehlt Österjung-
Wirtshafterin und
Wirtschaftsmädchen
22-jährige auf größeres Gut
(Landwirtstochter), sucht
Stellungen für Mägde
u. w.

Bertha Döring
1821 Stellenvormittlerin
Weistropp.

Junger, leitender Kauf-
mann sucht möblierte
ev. leeres Zimmer mit
Mittagstisch zum 1. April.
Wer Angebote wolle man
mit Preisangabe senden an
Erich Eichelmann, Ober-
Planitz, Wallstraße 3, u. w.

Kartoffel-Körbe
liefer in versch. Größen:
Einheitsgröße Mt. 2,75, zw. 1
henkt. 40 Pf. fass. Mt. 4,50
60 Pf. fass. Mt. 5,75, 80 Pf.
fass. Mt. 6,50, 1 Zentner
fass. Mt. 7,00 pr. Süß.

Ernst Hempel,
Korbmacher,
Goschwitz b. Leisnig.

● Sächsische Bauern! ●

Seht Euch die Liste der Deutschen Volks-
partei an! Kein einziger Landwirt
ist auf dieser Liste zu finden, nur an
29. Stelle eine Grossgrundbesitzerin.

Das ist die rechte Bauernfreundlichkeit dieser Herren!
Wir wissen genug davon und können nur mit der Liste

Wagner - Oswin Schmidt

oooooooooooo wählen. oooooooo

Sehr wichtig!

Bitte genau durchlesen!

Evangelische Christen!

In der Gegenwart handelt es sich nicht nur um den Neuaufbau der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, sondern auch um die zukünftige Neubildung unserer Kirche. Die jetzige Regierung hat ja gerade auf dem Gebiete der Kirche und der Religion wichtige, weitgreifende Verordnungen erlassen, denen gegenüber Klarheit der kirchlich gesinnten Wahlberechtigten unabdingt notwendig ist. Bei der bevorstehenden Trennung von Kirche und Staat haben die Geistlichen und die kirch-

lich gesinnten Gemeindeglieder nicht nur das Recht, sondern auch die ernste

Gewissenspflicht,

die einzelnen Parteien daran zu prüfen, welche Stellung die Parteien zu den kirchlichen Fragen einnehmen. Die Partei, die in dieser Beziehung unsere berechtigten Ansprüche vertretet, verdient es, daß wir ihr nicht nur unsere Stimme geben, sondern auch für sie werben.

Wie ist nun die Lage?

Der Ausschuß zur Ausklärung über die Kirchenrechtsfrage hatte am 21. Dezember 1918 an die verschiedenen Parteien in Sachsen eine Anfrage gerichtet. Daraus heißt es:

Wie wird sich Ihre Partei stellen

1. zu einem öffentlich-rechtlichen Charakter und zum Selbstverwaltungsberecht der evangelisch-lutherischen Kirche im Staat?

2. zu der Forderung einer angemessenen (etwa 10-jährigen) Übergangsfrist für den Abbau der staatlichen Beiträge zum Kirchenwesen?
3. zu einer Sicherung der christlichen Jugenderziehung durch die Schulen des Landes?
4. zu einem Schutz der Kirchengemeinden gegen finanziellen Zusammenbruch?

Wir erbitten Ihre Rücksendung bis zum 31. Dezember dieses Jahres.

Die Sozialdemokratie

hat es nicht für nötig gehalten, diese Anfrage überhaupt zu beantworten. Damit hat diese Partei öffentlich dargetan, daß ihr die Kirche und deren Lage

weisen zu wollen, so hat er der Kirche gegenüber wieder Rechte noch Pflichten". Letzteres bedeutet doch nichts anderes, als dies: Der Kirche sollen nach dem Willen der Sozialdemokratie Beihilfen aus Staatsmitteln künftighin

nicht mehr gewährt werden.

Was soll da aus armen Kirchengemeinden werden? Es würde deren finanziellen Zusammenbruch bedeuten, wenn diese Zuflüsse plötzlich aufhören.

Und nun kommt die

Demokratische Volkspartei

und ruft uns zu:

Wer seine Kirche liebt, der wähle demokratisch!

Die demokratische Volkspartei hat auf oben abgedruckte Fragen folgende Antwort gegeben:

"Ich erhielt Ihr wertes Schreiben vom 21. Dez. 1918 und teile Ihnen mit, daß die Landesorganisation der Deutschen Demokratischen Partei zu den einzelnen Fragen noch nicht Stellung genommen hat und in der gestellten Frist auch kaum Stellung nehmen kann. Wie aus den offiziellen Mitteilungen der Partei hervorgeht, ist leicht zu erkennen, daß sie zu den von Ihnen ge-

stellten Fragen eine der Kirche günstige Stellung einnimmt. Wir verurteilen auf das Entschiedenste das Vorgehen des preußischen Kultusministers. Ich persönlich werde meinen ganzen Einfluß darauf einsetzen, daß die Neuordnung auf diesem Gebiete ohne besondere Ershütterungen vor sich geht, daß die Selbständigkeit der Kirche sowohl in rechtlicher als auch in finanzieller Beziehung eine Sicherung erfährt; und daß die christliche Jugenderziehung in dem von mir bereits gelegentlich der Verhandlungen über ein neues Schulgesetz gefürworteten Sinne im Jahre 1919 mit Nachdruck vertreten wird."

Mit dieser Antwort könnte man sich auf kirchlicher Seite zufriedengeben. Aber so richtig darin das Vorgehen des preußischen Kultusministeriums verurteilt wird, für das eigenmächtige Vorgehen des sächsischen Kultusministeriums fehlt jedes Wort der Missbilligung.

Es muss auch leider festgestellt werden: Vertreter der Demokratischen Volkspartei haben öffentlich ihre Zustimmung dazu erklärt, ja es freudig begrüßt, wenn der gegenwärtige sächsische Kultusminister auf dem Wege der Verordnung, also

eigenmächtig, ohne vorher das Volk zu hören,

einschneidende Bestimmungen über die Trennung von Kirche und Staat und über den Religionsunterricht in der Schule erlässt.

Darum können wir von der Demokratischen Volkspartei

nicht mit Bestimmtheit erwarten, daß unsere Kirche und die mit ihr zusammenhängenden Fragen so behandelt werden, wie es nach Recht und Billigkeit zu verlangen ist. Wie hat die

Deutsch-nationale Volkspartei

geantwortet? Ihre Antwort lautet:

„Im Auftrage der Deutsch-nationalen Volkspartei teile ich Ihnen ergebenst mit, daß diese Partei durchaus die aufgestellten Forderungen politisch nach jeder Richtung hin vertreten wird. In Beantwortung der einzelnen Fragen teile ich Ihnen ergebenst folgendes mit:

1. Der öffentlich-rechtliche Charakter und das Selbstverwaltungsrecht der evangelisch-lutherischen Kirche müssen erhalten bleiben. Das Letztere ist unbedingt geboten, damit die Reinheit der kirchlichen Lehren durch kirchliche Organe gesichert ist.

2. Für den Abbau der staatlichen Beiträge zum Kirchenwesen erscheint eine mindestens zehnjährige Übergangsfrist unbedingt geboten.

3. In erster Linie muß danach gestrebt werden, allen Volksschulen in dem bisherigen Umfange die christliche Jugenderziehung zu erhalten, damit möglichst allen Kindern die Möglichkeit, die christliche

Lehre kennen zu lernen, gegeben ist. Sollte dies nicht möglich sein, dann muß den Eltern, die freie Schulen unterhalten wollen, dieses Recht zugestanden werden. Solche Eltern müssen dann von allen Schulkästen befreit werden.

4. Das Kirchenvermögen aufzuerhalten bleibt. Soweit eine Wegnahme des Kirchenvermögens durch den Staat erfolgen soll, muß unbedingt nach den Grundsätzen der Enteignung auf volle Entschädigung der Kirche gedrungen werden.“

Mit dieser Antwort hat sich die Deutsch-nationale Volkspartei klar und entschieden auf die Seite der Kirche gesetzt und ihre berechtigten und begründeten Ansprüche erfüllt.

Das ist die Sachlage!

Die bevorstehende Wahl zur Sächsischen Räte ist von ungeheurer Wichtigkeit für die kirchliche Zukunft unseres Landes.

Darum wähle
ein jeder gute Deutsche, ob Frau oder Mann

Deutsch-national

die Liste Wagner — Hofmann — Schmidt usw.